

National-Zeitung.

Abonnement f. Beilin: viertel, 1 R. 20 Sgr. für ganz Preußen 2 R. 1 1/2 Sgr. für das übrige Deutschland 2 R. 2 1/2 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postämter des In- u. Auslandes; Beilin: Exped. Lindenstr. 57. Inserate: die Zeitungs- & Annoncen-Exped. Lindenstr. 57.

Inhalt.

Deutschland. Beilin: Annahme des Zollvereins. Wiesbaden: aus der Ständeverammlung. Karlsruhe: Fortschritte der ultramontanen Partei. Stuttgart: die Abfassung des Verfassungsentwurfs. Hamburg: die beabsichtigten Stände. Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Tagesbericht. Holland. Haag: das Unterrichtsge-  
Frankreich. Paris: Tagesbericht. Großbritannien. London: Parlamentseröffnungen; die Tempelreden nach Indien; von Dofe; Meddies Smith. Türkei. Konstantinopel und Alexandria. Rußland. Petersburg: Petitionen des Adels der westlichen Provinzen. Afrika. Senegalische aus Zimbabue. Amerika: aus Brasilien und den Weststaaten. Berliner Nachrichten. Provinzial-Beitrag.

Deutschland.

Beilin, 18. Juli. Wir haben gestern in allgemeiner Uebersicht die Einnahmen des Zollvereins im ersten Quartal des laufenden Jahres mit den Ergebnissen des entsprechenden Zeitraums im vorigen Jahre verglichen, und den Gesamtverehrtrag der Einnahme auf 675,478 Thlr. oder 15 pCt. gegen die vorjährige Einnahme angegeben. Wir tragen heute nach der „V. C.“ die Zahlen nach, welche den Antheil der einzelnen Staaten des Zollvereins an den Einnahme-Erträgen in dem zum Vergleich gezogenen Zeitraum darstellen. Die zur gemeinschaftlichen Theilung gestellten Brutto-Einnahmen aus den Einnahme-Abgaben im ersten Quartal 1857 betragen bei: 1) Preußen 3,161,645 Thlr. gegen 2,721,258 Thlr. in der entsprechenden Periode des Vorjahres (440,387 Thlr. mehr), außerdem Voreumtrieb 11,532 Thlr. gegen 15,429 Thlr. (6103 Thlr. mehr); 2) Baiern 2,166,166 Thlr. gegen 1,773,228 Thlr. (388,938 Thlr. mehr); 3) Sachsen 441,639 Thlr. gegen 340,612 Thlr. (101,027 Thlr. mehr); 4) Hannover 392,332 Thlr. gegen 404,983 Thlr. (12,651 Thlr. weniger); 5) Württemberg 50,067 Thlr. gegen 41,396 Thlr. (8691 Thlr. mehr); 6) Baden 118,170 Thlr. gegen 105,335 Thlr. (12,835 Thlr. mehr); 7) Kurhessen zum Heften 62,460 Thlr. gegen 58,585 Thlr. (3875 Thlr. mehr); 8) Großherzogthum Hessen 100,703 Thlr. gegen 91,949 Thlr. (8,754 Thlr. mehr); 9) Thüringen 17,941 Thlr. gegen 11,406 Thlr. (6,535 Thlr. mehr); 10) Braunschweig 70,259 Thlr. gegen 59,814 Thlr. (10,444 Thlr. mehr); 11) Oldenburg 34,003 Thlr. gegen 39,626 Thlr. (5623 Thlr. weniger); 12) Mecklenburg 13,142 Thlr. gegen 12,714 Thlr. (428 Thlr. mehr) und 13) Frankfurt a. M. 193,170 Thlr. gegen 157,335 Thlr. (35,835 Thlr. mehr). Die Mehrerinnahme bei 11 Staaten betrug im Ganzen 683,752 Thlr., die Mindereinnahme bei zwei Staaten im Ganzen 10,274 Thlr., also schließlich Mehrertrag 675,478 Thlr.

Wiesbaden, 16. Juli. In der heutigen Sitzung der Ständeverammlung (vereinigter Kammer) wurde der Etat der Demanialfonds zur Wiederannahme genehmigt und die Staatsrechnung pro 1855 genehmigt. Der Ausschuss zur Begutachtung der Demanialfrage trägt an, daß er seinen Bericht zum Abschluß gebracht habe. Derselbe wird in der nächsten Sitzung zum Vertrage kommen. In derselben wird zugleich die Verhandlung über die Steuererforderung stattfinden. Nach der Erledigung der letzteren tritt entweder der Schluß des Landtags oder eine längere Vertagung ein. (Wiesb. Bl.)

Karlsruhe, 14. Juli. Die „D. A. B.“ empfängt von hier aus folgende Schilderung der hiesigen Zustände: „Man schreit hier jetzt Alles auf, und von der ultramontanen Partei, welche in dem Ministerium das unter fünf Mitgliedern nur einen Protestanten zählt, stark vertreten ist, einem Rückschritt zu genöthigt. Auch dieser eine Protestant, Herr v. Weydenburg hat einen Bruder im österreichischen auswärtigen Ministerium. Schon ist der Einfluß dieser Partei so mächtig, daß der bekannte Regierungs-Rath von Uria aus Heidelberg ins Ministerium des Innern überberufen, und daß der Redakteur des „Mannheimer Journal“, Dr. Eugen Göhn, entlassen und unter dem neuen Redakteur dem Journal eine veränderte Richtung gegeben worden ist. Die „Badische Landeszeitung“ dagegen ist eingeschüchert durch die unverhältnißmäßige Strafe einer Verurteilung für die Mittheilung einer ganz trüblichen falschen Nachricht, daß ein Oberst zum Generalmajor befördert sei. Natürlich hat die Nachsichtigkeit in dieser Richtung nur ermutigend auf diese Partei gewirkt, und in einem jüngsten Erlaß hat der Erbkönig die Konfession seines Landesherren als „lutherische Irreher“ bezeichnet. Unter diesem Verhältnisse erhebt es sich, daß bereits von der Reaktivierung des Herrn von Blittersdorf als Bundesoberpräsidenten und von der Ernennung des jetzigen Oberpräsidenten beim Deutschen Bunde, Herrn von Marckall, zum Minister des Innern die Rede sein kann.“

Stuttgart, 16. Juli. Dem „R. C.“ wird von hier geschrieben: Unter den Vorarbeiten für den Herbstlandtag beschäftigt die Regierung namentlich die Abfassung des Verfassungsentwurfs. Dem Vernehmen nach handelt es sich diesmal nicht mehr bloß um sechs Millionen, sondern um zwölf und mehr. Auf die Ständeherrn allein treffen nach dem Uebereinkommen fünf Millionen Gulden. Soll derselbe Maßstab für Stiftungen, Hofbeamten und Ritter — auch diese petitioniren bekanntlich beim Bundesrat — in Anwendung kommen, so muß die Summe nothwendig sehr groß werden. — Der „Schw. W.“ meldet aus Tübingen, vom 14. d. M.: Der Vortrag der Heidelberger Universität, eine Professorenversammlung zu Gunsten der vertriebenen Schleswig-Holsteiner zu eröffnen, hat auch hier, wie anderwärts, thätige Theilnahme gefunden. Gestern Abend wurde zu demselben Zweck eine Versammlung von Studirenden gehalten, deren Ergebnis war, Subscriptionslisten zu verschiedenen Beträgen in einigen öffentlichen Lokalen auflegen zu lassen; die Theilnahme daran wird voraussichtlich eine bedeutende sein.

Hamburg, 17. Juli. Ich muß heute zuerst einen Fehler berichtigen, der sich in meine gestrige Korrespondenz eingeschlichen. Der Staatsanwalt hat nämlich in dem Prozesse gegen die „Hamb. Nachrichten“ nicht 15 — 200 Rthl. Geldstrafe, sondern, wie auf dem 8. 15 des Verhörsprotokolls von 1857 ist, 200 Rthl. Dec. beantragt. Je näher der Termin der Einberufung der hies. Stände rückt, desto mehr ist man auf die Beschlässe dieser in Angelegenheiten der Verfassung gespannt. Um diese Spannung schnell zu lösen, wäre es wünschenswerth, wenn die Beschlüsse schon vor dem Zusammentritte der Stände durch eine Telegraphenleitung mit Preußen auf der einen und mit Hamburg auf der andern Seite via Hamburg und Kiel ver-

bunden würde. — Wir haben in letzter Zeit Bemerkung darüber äußern hören, daß Hamburg jetzt nichts für die brodelnd gemordene Schleswig-Holst. Beamtin thue. In der That sollte man aber dessen eingedenk sein, wie sehr Opfer Hamburg von 1848 bis etwa 1853 der schleswig-holst. Sache gebracht hat. Nicht bloß mit Geld hat es die Unglücklichen unterstützt; es hat ihnen einen Asylort und nicht Wenigen eine mehr oder minder fristige Stellung verschafft. (Die „Weserzeitung“ hat in der letzten Woche wieder beträchtliche Summen zu dem gedachten Zwecke erhalten.) — Von vielen Handwerkern hört man aber den Mangel an Beschäftigung; so von Buchbindern, Tischlern, Cigarrenfabrikanten, Maurern u. s. w. Die Letzteren tragen wohl die noch immer im Schmelzen fortwährenden Verbindungen einen Theil der Schuld an dieser Ercheinung; aber auch die gesteigerte Konkurrenz, sowie die Dienstpflichtigkeit in den verschiedenen deutschen Staaten thun das ihrige zu dieser Lage der Dinge.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Wien, 17. Juli. Der Erzherzog Ferdinand Maximilian wird nach den bisherigen Anordnungen am nächsten Montag die Reise nach Brüssel antreten. Das neu vermählte Paar wird im August über Wien nach Venedig gehen, daselbst bis zum September verweilen und dann in Mailand den feierlichen Einzug halten. — Die Königin von Griechenland hat sich von Triest zunächst nach Steiermark begeben, um bei ihrer Schwester, der Herzogin von Oldenburg, vormalig mit dem Freiherren von Walsegg, auf dem von Wilden 15 Stunden entfernten Gute Pils einige Tage zu verweilen. Die Königin wird dann über Wien nach Deutschland reisen. Die Königin dänische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Willebrandt, wird Montag den 20. Juli eine Reise nach Kopenhagen antreten. Der Legationssekretär, Graf Melstede-Helldorf, wird während dessen Abwesenheit die Gesandtschaftsgeschäfte führen. — Wie man vernimmt, hat das Kultusministerium vor Kurzem einige Urkunden festgestellt, nach welchen die Antiken-Besitztümer der Israeliten auf dem sächsischen Lande in Nieder-Oesterreich bis zur definitiven Regelung behandelt werden sollen: Nach diesen Urkunden soll die Bildung eiger und israelitischer Kultusgemeinden vor der Hand nicht gestattet werden, weil die Frage des Aufenthaltes auf dem sächsischen Lande erst mit der Entscheidung über die staatsbürgerlichen Verhältnisse derselben ihre definitive Erledigung finden wird. Dort, wo bereits israelitische Bethäuser bestehen, sollen dieselben provisorisch beibehalten werden, ohne daß aber deshalb besondere Kultusgemeinden gebildet werden dürfen. An den übrigen Orten wird den israelitischen Familienhäuptern im gesellschaftlichen Bezirke, einen häuslichen Gottesdienst unter Aufsicht der Thora abzuhalten, wenn die gedachten Familienhäupter nicht in moralischer und politischer Beziehung unbedenklichen Lebenswandels nachweisen oder durch Alter und Gebrechlichkeit gehindert sind, dem öffentlichen Gottesdienste beizumischen. Für den Religionsunterricht der Jugend haben die Israeliten zwei besetzte Privatlehrer zu setzen, und es bleibt denselben unbenommen, zu diesem Ende in Orten, wo es in größerer Zahl beisammen wohnen, israelitische Privatreligionschulen ins Leben zu rufen. Die Nothwendigkeit über die Geburt, Erziehung und Sterbefälle der auf dem sächsischen Lande in Nieder-Oesterreich sich aufhaltenden Israeliten ist von den auswärtigen Kultusgemeinden, wohin sie gehören, wie bisher zu besorgen. Die Errichtung von israelitischen Leichenhöfen ist in jenen Orten zu gestatten, wo eine unbedingte Nothwendigkeit dazu vorhanden ist. — Der bekannte Komponist Carl Czerny ist am 15. d. M. hier im 66. Lebensjahre gestorben.

Holland.

Haag, 16. Juli. Die öffentliche Diskussion des Unterrichtsgegesetzes beschäftigt die Zweite Kammer jetzt in die dritte Woche, und es sind erst 35 von 70 Kritiken verhandelt. Unter jenen 35 befinden sich indes die beiden inhaltswichtigen des ganzen Entwurfs, nämlich der 16., welcher das Prinzip der Staatsschule festsetzt für stämmliche Konfessionen festsetzt, und der 22., welcher von der Einrichtung und der Tendenz des Unterrichts handelt. Der erstere Artikel wurde mit 51 gegen 6 Stimmen (diejenigen der ultra-reformirten Fraktion, Orera und Oranien) genehmigt, nachdem ein von der erwählten Fraktion vorgeschlagene Amendement, nach welchem wenigstens für die Protestanten Separatschulen errichtet werden sollten, mit dem nämlichen Stimmenverhältnisse verworfen war. Es heißt uns somit die seit 1806 bestehende und vielfach bewährte gemischte Schule erhalten. Der 22. Artikel wurde geschrieben über den 22. Artikel, welcher in folgender Fassung vorgeschlagen war: 1) Der Staatserzieher hat den Zweck, neben der Verbreitung von nützlichen Kenntnissen die geistigen Kräfte der Kinder zu entwickeln, und sie zu allen christlichen und sozialen Tugenden anzuleiten. 2) Der Lehrer darf nicht lehren, thun oder zu thun, was gegen die Erziehung freier, die man den religiösen Begriffen von Abergöttern und Sünden. 3) Er prüft den Kindern diese Erziehung ein und regt sie zu gegenseitiger Liebe und Achtung an. 4) Der eigentliche Religionsunterricht bleibt den kirchlichen Genossenschaften überlassen, wozu die Schulpflicht außerhalb der Schulstunden gebraucht werden können. 5) Wo die Eltern wegen religiöser Bedenkslichkeiten ihre Kinder von dem Besuche der öffentlichen Schule zurückhalten, und wo der Grund dieser Bedenkslichkeiten nach sorgfältiger Untersuchung nicht weggemommen werden kann, wird, wenn die Errichtung einer Separatschule ein Mittel dazu darbietet, für die Errichtung und Unterhaltung einer solchen Schule im Nothfalle mittelst eines Reichs-Subsidiums Unterstützung verleiht, wozu jedoch ein Gesetz erforderlich ist.“ Eine Menge von Amendements in verschiedener Richtung wurden vorgeschlagen und verworfen, mit folgenden zwei Ausnahmen. Erstens der in stämmlichen Fraktion wurde die Bestimmung des 3. Absatzes beantragt und mit 39 gegen 26 Stimmen genehmigt, und auf den Vororschlag einer Vereinigung von zehn Mitgliedern der verschiedenen Parteien der Majorität wurde mit 63 gegen 2 Stimmen beschlossen, auch den 5. oder letzten Satz weg zu lassen, welcher das von dem Ministerium angebotene Mittel enthält, den Beschwerden der ultra-reformirten Partei gegen den vorliegenden Entwurf entgegen zu treten, von welchem der jetzige nur wenig abweicht eine Denkwürdigkeit ist. Der solcher Inhalt bestimmte Artikel 22 wurde schließlich mit 45 gegen 20 Stimmen angenommen, wobei bemerkt wurde, daß die Minorität außer den 6 Mitgliedern der ultra-reformirten Partei auch die stämmlichen katholischen Mitglieder enthält, welche bis jetzt fast ohne Ausnahme mit Theobede und den Liberalen stimmten. Die von Einigen geäußerte Erwartung, daß das Ministerium im Falle der Verwerfung des Entwurfs von Art. 22 den Entwurf zurücknehmen oder gar abändern würde, hat sich nicht bestätigt. Dieweile wird aus

einigen Aeußerungen des Ministers des Innern gefolgert, daß man sich auch mit der schließlichen Genehmigung des Gesetzes in seiner jetzigen Fassung seitens des Königs schmückeln dürfte. Der eben erwähnte Minister wird, wie bekannt, nach der Erledigung der Unterrichtsfrage sich ganz von politischer Schenke zurückziehen. (R. B.)

Frankreich.

Paris, 16. Juli. Der Staatsrat hat sich gestern, wie ich Ihnen melde, mit der Schlichtercommission beschäftigt. Nach einer stündigen sehr bewegten Sitzung ist mit sehr bedeutender Majorität das Prinzip des Verzichtens, nämlich die Aufhebung des Priesteramtes ohne Entschädigung angenommen worden. Hieran steht als die Bedingung des Verzichtens die Besetzung der nach dem Aufheben des Priestersamtes zu erwartenden Stellen durch die Besetzung der Stellen in Paris gemacht und an denselben eine Menge politischer Bemerkungen geknüpft. Ich habe Ursache zu glauben, daß es wirklich diesmal kein den Konjekturen bleiben werde. Der neapolitanische Prinz ist allerdings einige Tage hier gewesen, hat aber Paris schon wieder verlassen, irrt ich nicht, bereits vergessenen. Man versichert von verschiedenen Seiten, daß der Prinz seine politischen Notabilitäten empfangen oder besucht habe, am wenigsten aber den Grafen Balbo, welcher nach die diesen Augenblick auf dem Lande weilte. Heute, die den neapolitanischen Hof kennen, glauben auch nicht, daß der Prinz von Straßburg denjenigen ist, welchem König Ferdinand Hoffnungen in der Rede lebenden Art anvertraut wurde. — Von der italienischen Reise in Deutschland ist jetzt gar nicht die Rede; der Auszug nach Oesterreich wird, wie auch offiziell angezeigt worden, in den ersten Tagen des August stattfinden.

Paris, 16. Juli. Béranger ist heute von dem Heerzogen entlassen worden und man sieht seinem Tode jeden Augenblick entgegen. Der Kaiser wie die Kaiserin lassen sich angelegentlich nach dem Befinden des kranken Dichters erkundigen. Die liberalen Parteien jedoch, die Béranger nicht als Bonapartisten, sondern gar als einen der Ihrigen betrachten wollen, hoffen, diesen seine Bekanntschaft nicht unbenutzt vorbeigehen lassen, ohne eine seiner Petitionsdemonstrationen zu machen, die vorwiegend eine politische Forderung haben.

Paris, 16. Juli. Die letzten Nachrichten aus Algier sind vom 14. Der Marschall-Gouverneur hatte unter dem 11. gemeldet, daß die Divisionen Renault, Mac Mahon, Massat und Puffin am 11. Morgens durch eine lombardische Bewegung von gleicher Zeit das ganze Land von Deuil-sur-Loire besetzt haben. Die Truppen, so heißt es in der betreffenden Depesche, schlugen mit einem bewundernswürdigen und unaussprechlichen Ungeschick die besten Abtheilungen dieser die jetzt für unermessbar gehaltenen Schanzlinie. Mac Mahon wird aber wahrscheinlich noch am 15. August zum Marschall, Bourbaki zum Divisional-General ernannt werden. — Giscard kann noch gerade zu wahren Heil dem Corps des Generals Massat in Algier, daß von den Arabern zurückgedrängt worden war und sich jetzt in der Nähe befindet. — Das „Paris“ hat Bericht aus China vom 25. Mai. Die französischen Kriegsschiffe lagen theils am Admiral Gascin nach Manila abgehen, am dort mit Admiral Rigault de Genouilly zusammenzutreffen. Man hatte in China bereits Kenntnis von der Mission des Baron Gros. — Einem hier unansehen Gerichte zufolge soll England beschlossen haben, auf's Neue freiwillig auf dem Kontinente anzukommen; an Frankreich sei das betreffende Gesuch um Genehmigung bereits gestellt. — Man behauptet, daß bisher besonders der österreichische und italienische Gesandte in London Vorstellungen gegen einen längeren dortigen Aufenthalt Maximilian gemacht. Lord Palmerston habe die Ausweisung verweigert, aber strengere Ueberwachung zugesagt. Baron Hüner ist wieder in Paris eingetroffen.

Die Kaiserin wohnt heute Abends einer Vorstellung der Opern des Drouillard in der Porte Saint Martin bei. Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Herzog und die Herzogin von Cambridge und die Herzogin von Hamilton haben die zweite Vorstellung dieses Stüdes, die vor einigen Tagen stattfand, besucht, und eine große Menge war für dieselben in jenem Hoftheater eingerichtet worden. — Auf dem Crocodere trifft man bereits Anstalten für das Fest vom 15. August. Bekanntlich ist es im Plane auf diesem mit Wasserläuten auszuführenden prächtigen Feste eine große Schale zu errichten, aus der beabsichtigt am den Pariser an Napoleons Tage den Crocodere so zu zeigen, wie er sein wird, wenn die Erschütterungspunkte in Ausföhrung genommen sind. Der Kaiser wird nach seiner Rückkehr von dem Borne nach zur Feier des 15. August nach Paris kommen und dann erst nach Biarritz gehen. — Der Präsident der Nieder-Provinzen, Herr Wolff, war nach Montbéliard berufen worden. Man wollte ihn zum Präsidenten von Seine et Oise (Versailles) machen; er sagte es aus und weichte — man weiß bis jetzt nicht, warum — seine Demission dem Kaiser ein. Wie man andererseits hört, würde er an die Stelle des Seinepräsidenten Pansmann, von dessen Veretzung seit längerer Zeit die Rede ist, kommen. Dem Vernehmen nach soll auf den Rath der Herrn Billault und Pietri die französische Polizei im Auslande auf einem großartigen Fuße organisiert werden.

Grute fand im großen Hofe der „Medizin-Schule“ die feierliche Enthüllung der Statue des Dr. Bichat (des letzten Wortes von David d'Angere) statt. Bichat fand vor 23 Jahren, damals einer der ersten wissenschaftlichen Beschäftigten im Jahre 1845 befohlen eine Versammlung von Ärzten, um ein Denkmal zu errichten und zugleich für ein würdevolles Begräbniß zu sorgen. Es wurden also heute gleichzeitig die sterblichen Ueberreste Bichats auf dem kirchlichen Hofe der Medizinischen Fakultät der Kaiserlichen, der das ganze medizinische Corps von Paris und andere Personen von Bedeutung anwesend. — Das diesen Morgen ausgegebene Bulletin über den Gesundheitszustand Bérangers lautet: „Der Zustand Bérangers ist fortwährend sehr ernst, obgleich seit gestern eine leichte Besserung eingetreten ist.“ Béranger erkrankt alle Personen, die ihn umgeben. Der Zustand auf seiner Wohnung ist fortwährend sehr ernst. — Das Lau des Telegraphen im Mittelmeer wird am 1. August eingeschiffet. Die englische Gesellschaft hat die Leitung desselben auf eigene Verantwortlichkeit übernommen. Der Telegraph wird nach der Insel Corfu und von hier nach Algier gehen; die nächste Station wird von Corfu nach Malta sein. — Zur Erzielung einer billigeren Verwaltung hat der Direktoren-Rath der Westbahn-Gesellschaft auf einen